

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1033
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 22.05.2012

N i e d e r s c h r i f t

der 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration
am Mittwoch, dem 09.05.2012,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:02 - 19:45 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Herr Zeynal Sahin
Herr Frank Walter Schmidt

(ab 19:15 Uhr)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker
Herr Dieter Kräske
Frau Julia-Christina Sator

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich Stellv. Ausschussvorsitzender
Frau Ewa Wenig

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Elke Victor

Außerdem:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich FDP-Fraktion
Herr Christian Jackelen Piraten-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

(ab 19:05 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Rolf Krieger	Ausschussvorsitzender
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin

Der stellvertretende Vorsitzende Greilich eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 06.03.2012 - STV/0757/2012
3. Wahl von fünf Stadtverordneten für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 11.04.2012 - STV/0816/2012
4. Änderung der Satzung über den Gießen-Pass
- Antrag des Magistrats vom 23.03.2012 - STV/0788/2012
5. Bogensportgelände in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2012 - STV/0840/2012
6. Schaffung von inklusiven Arbeitsplätzen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.04.2012 - STV/0854/2012
7. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen** **STV/0757/2012** **- Antrag des Magistrats vom 06.03.2012 -**

Antrag:

„Als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss gemäß § 4(1) c der Jugendamtssatzung soll

Frau Sylvia Löffler

als Vertreterin für Frau Astrid Dietmann-Quurck gewählt werden.

Frau Maiwald-Boehm, die bisherige Vertretung von Frau Dietmann-Quurck, ist ausgeschieden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

3. **Wahl von fünf Stadtverordneten für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen** **STV/0816/2012** **- Antrag des Magistrats vom 11.04.2012 -**

Antrag:

„In den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Universitätsstadt Gießen werden folgende Stadtverordnete, die fünf verschiedenen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung angehören sollen, als stimmberechtigte Mitglieder sowie deren Nachrücker/innen für die Dauer der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung gewählt:

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Nachrücker/innen:“

Folgende Stadtverordnete werden vorgeschlagen:

	Mitglied	Nachrücker
SPD-Fraktion:	Christian Heimbach	Nina Heidt-Sommer
CDU-Fraktion:	Jürgen Becker	Dieter Kräske
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Maren Kolkhorst	Ewa Wenig
FW-Fraktion:	Elke Victor	Heiner Geißler
FDP-Fraktion	Dr. Greilich	Dr. Preiß
Piraten-Fraktion:	Christian Jackelen	Christian Oechler

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. Änderung der Satzung über den Gießen-Pass **STV/0788/2012**
- Antrag des Magistrats vom 23.03.2012 -

Antrag:

„Die in der Anlage befindliche ‚Erste Satzung zur Änderung der Satzung über den Gießen-Pass‘ wird beschlossen.“

Stv. Becker, CDU-Fraktion, vertritt die Auffassung bei dem betroffenen Personenkreis handele es sich ausnahmslos um Rechtsbrecher, die in der Regel ihren ersten Wohnsitz nicht in Gießen haben. Daraus könnten auch andere Personen, die mit Zweitwohnsitz in Gießen gemeldet seien, einen Anspruch ableiten. Dies könne und wolle man sich nicht leisten. Die CDU-Fraktion lehne die Änderung der Satzung strikt ab.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, entgegnet, sie halte die Unterstützung dieser Personen für einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung. Ihrer Auffassung nach könne man in der Satzung über den Gießen Pass eine Ausnahmeregelung für die betroffenen Personen einfügen, ohne dass andere, mit Zweitwohnsitz in Gießen, ein Anspruchsrecht daraus ableiten können.

Stv. Victor, FW-Fraktion, führt aus, es gehe hier um Menschen, die zum Teil Jahrzehnte in der Forensik untergebracht seien. Nur ein geringer Teil dürfe überhaupt Ausgang in Begleitung wahrnehmen. Dies habe nichts mit Entlassungserprobung zu tun, sondern es gehe dabei darum, das Gruppenverhalten zu stärken.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, möchte wissen, wer bisher für die Kosten dieser Ausflüge aufgekommen sei.

Frau Victor erklärt, es erfolge bei jedem Insassen eine Einkommensüberprüfung.

Wenn kein Vermögen vorhanden sei, bekommen die Personen monatlich einen geringen Barbetrag ausgezahlt. Von diesem Betrag bestreiten sie auch die Kosten für diese Ausflüge.

Stv. Dr. Greilich äußert Bedenken, dass die Stadt Gießen hier Landesaufgaben übernehme. Seiner Meinung nach sollte der Landeswohlfahrtsverband als zuständiger Kostenträger die Kosten übernehmen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; Nein: CDU).

5. Bogensportgelände in Kleinlinden

STV/0840/2012

- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

- Warum ist dem SC ‚Roland‘ Kleinlinden trotz der einstimmig am 24. August 2011 beschlossenen Bitte des Ortsbeirates vom Magistrat noch immer nicht die Gelegenheit gegeben worden, unterhalb des Bogensportgeländes auf der Flur 4, Flurstück 55-70 ein Bogensportgelände zu errichten?
- Warum wird dem SC ‚Roland‘ ein Gutachten samt naturschutzrechtlicher Überprüfungen bzgl. der Wirtspflanze des Ameisenbläulings auferlegt, obwohl der Verein nur weniger als 20% der vorgesehenen Fläche für seinen Sport nutzen will und sowohl auf dem restlichen Gelände als auch in dessen unmittelbarer Umgebung offensichtlich in Hülle und Fülle Wirtspflanzen für den Ameisenbläuling wachsen?
- Welche Maßnahmen hat das Sportamt der Stadt Gießen in dem über ein Jahr währenden Zeitraum des Bekanntwerdens des Vorhabens getroffen, um den SC ‚Roland‘ Kleinlinden bei der Realisierung seines für die Jugendarbeit und die weitere Existenz des Vereines unverzichtbaren Vorhabens zu unterstützen und warum sind diese Bemühungen offensichtlich erfolglos geblieben?
- *Wird die für den Sport zuständige Oberbürgermeisterin die offenbar den Untergang eines Sportvereins billigende Bürgermeisterin kurzfristig davon überzeugen können, ihre offensichtlich unsinnigen naturschutzrechtlichen Bedenken zum Wohle des Sports fallen zu lassen.“*

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, *zieht den vierten Unterstrich des Antrages zurück.*

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, um dem Schützenverein Roland das Ausüben des Bogensports noch während der laufenden Saison zu ermöglichen, werde derzeit geprüft, ob dem Verein eine vorläufige Genehmigung bis auf Widerruf erteilt werden könne.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

**6. Schaffung von inklusiven Arbeitsplätzen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23.04.2012 -**

STV/0854/2012

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, in der Stadtverwaltung zwei inklusive Arbeitsplätze für Menschen mit kognitiven Einschränkungen (geistige oder Lernbehinderung) zu schaffen.“

Stv. Wenig, Bündnis 90/Die Grünen, trägt zur Begründung des Antrages vor, die Stadt Gießen erfülle als Arbeitgeberin ihre Verpflichtung zur Beschäftigung von Schwerbehinderten. Die beschäftigten Menschen mit einer Schwerbehinderung fallen unter den Personenkreis der Menschen mit Körperbehinderung oder seelischer Behinderung, Menschen mit geistiger Behinderung oder Lernbehinderung seien nicht vertreten. Der Anspruch auf Teilhabe gelte jedoch auch für diese Menschen. Die Debatte um die Inklusion dürfe nicht bei schulischer Inklusion stehenbleiben, auch im Arbeitsleben sollten Menschen mit allen Formen von Behinderungen integriert werden.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, und **Stv. Victor**, FW-Fraktion, befürworten den Antrag.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begrüßt den Antrag und regt an, auch die Betriebe mit städtischer Beteiligung mit einzubeziehen.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz führt aus, es gebe bereits einen inklusiven Arbeitsplatz bei der Stadt Gießen. Sie stimme jedoch zu, dass noch weitere hinzukommen sollten. Den Vorschlag von Stv. Dr. Greilich unterstütze sie.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der stellvertretende Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz